

Blum, Ulrich

Article

Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2009) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 15, Iss. Themenheft: Weltfinanzkrise, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143779>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Editorial

Bei den großen staatsphilosophischen Denkern nimmt die Frage der Rechtfertigung des Staates eine bedeutende Rolle ein. Aus ihr definiert sich das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Staat und Bürgern – ob zweiseitiger oder Begünstigungsvertrag –, der Machtanspruch des Staates – ob starker oder schwacher Staat –, die Mitbestimmungsrechte – von *volonté générale* und Etatismus zu *volonté particulière* und klassischem Liberalismus – bis hin zur Frage, ob die Möglichkeit besteht, den Vertrag zu kündigen – kollektiv oder durch Emigration.

Vor etwa einem Jahr ist eine neue Staatsrechtfertigung hinzugetreten. Systemrelevanz: Sie besagt, dass es in der Wirtschaft institutionelle Arrangements gibt, in denen intern alles miteinander verbunden, alles endogen ist und die nach außen nicht ersetzt werden können. Auch wenn solche Arrangements wettbewerblich organisiert sind, kann der Zusammenbruch eines Unternehmens dazu führen, dass nicht nur die anderen Unternehmen innerhalb dieses Arrangements, sondern das gesamte Wirtschaftssystem mitgerissen werden. Die Zerstörung wäre damit vollständig, einzelne Komponenten ließen sich nicht isolieren, in Quarantäne stellen und retten. Der Kollaps wäre total. Sobald also etwas als „systemisch“ identifiziert wird, darf – ja muss – der Staat im Fall einer Krise eingreifen, um deren Bewältigung zu organisieren. Denn die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik greifen offensichtlich nicht mehr: Eine Neutralisierungspolitik, welche die Folgen für die Betroffenen abmildert – klassisch ist die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung – wird unbezahlbar, sobald das Gesamtsystem zusammenbricht. Ein ursachengerechter Eingriff erscheint ebenso nicht denkbar, weil der singuläre Wirkungskanal fehlt. Früher sah man Geld als eine Institution an, die öffentlich zu organisieren war, und die Erfahrung lehrt, dass diese Einschätzung richtig ist. Heute stehen offensichtlich die Finanzinstitutionen im Allgemeinen unter dem Schutz des Staates.

Das Verständnis vom „starken Staat“ hat sich damit gewendet. Es ist nicht der den Ordnungsrahmen spendende und auch kraftvoll durchsetzende liberale Staat, es ist nicht mehr der klassische Sozialstaat oder der etatistische Staat, der ergänzend die Güter der Daseinsvorsorge bereitstellt. Es ist der prozesspolitisch direkt intervenierende Staat.

Nicht uninteressant ist zu untersuchen, wie der Staat mit dem Problem der „Systemrelevanz“ von Geld und Kredit umzugehen gelernt hat. Er musste begreifen, dass nur eine unabhängige Zentralbank fähig ist, der moralischen Versuchung, sich ökonomisch oder politisch zu bereichern, zu widerstehen. Das hat die Stabilität der Weltwährungssysteme erhöht, aber auch stabile Währungen nicht unanfechtbar gegen Ansteckung durch schwache Währungen gemacht.

Dieses Themenheft versucht, Licht in dieses „Alles hängt mit allem zusammen“ zu bringen. In einem Überblick über die Krisenerscheinungen, nämlich ab dem Jahr 2006, wird die Chronologie der Ereignisse dargestellt, die als Symptome der sich anbahnenden Krise weit später als die sehr tiefliegenden Ursachen sichtbar werden – genannt wird hier u. a. die Zinspolitik der US-Notenbank. Offensichtlich ist auch

eine unabhängige Zentralbank nicht gegen die Hybris des scheinbar wirtschaftlich Machbaren gefeit. „Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden“, schreibt *Dürrenmatt* in „Die Physiker“. Ökonomisch gewendet: Für die gegenwärtige Krise in dieser Schwere gab es nichts „Gedachtes“, vor allem kein durchstrukturiertes formales Modell. Hinzu trat, dass eine der wenigen Annäherungen, das Finanzkrisenmodell von *Minsky*, aufgrund seines keynesianischen Rahmens außerhalb des Mainstreams lag. So existierte zu dem Zeitpunkt, da ein aus heutiger Sicht falscher Weg eingeschlagen wurde, kaum eine systematische Möglichkeit, diesen analytisch zu identifizieren. Den meisten rührigen Propheten, die das Debakel schon vor Jahren vorhergesehen haben wollen, standen seinerzeit mindestens ebenso viele und ebenso glaubwürdige (oder unglaubwürdige) Personen gegenüber, die an eine „weiche Landung“ glaubten. Hier liegt, wie auch in einem Beitrag über die Einschätzung der Prognosen des IWH aus heutiger Sicht ausgeführt wird, ein unabhängig vom Wissenschaftsgebiet inhärentes Problem jeder wissenschaftlich fundierten Vorhersage.

Gerade deshalb muss die Krise zugleich Herausforderung für eine verbesserte theoretische Durchdringung der zugrunde liegenden Sachverhalte sein. Die mit der internationalen Integration verbundene Vermögensstruktur als Ergebnis von Investition und Ersparnis und die damit verbundenen neuen Geschäftsmodelle der Finanzinstitutionen werden thematisiert. Unzureichende Steuerungsmöglichkeiten der Zentralbank vor dem Hintergrund eines international unzureichenden und auch nicht konsistenten Regulierungsrahmens sind dann als wesentliche Ursachen zu benennen. Diese begünstigten „wandernde“ Spekulationsblasen, die also von einem Vermögensbereich zu einem anderen ziehen, im konkreten Fall von den Aktien über die Immobilien- zu den Rohstoffmärkten, und die gleichzeitig die internationale Finanzmarktregulierung vor ungeahnte Herausforderungen stellten.

In Europa sind nicht nur jene Länder besonders stark betroffen, die mit der Einführung des Euro nicht bereit waren, diesem europäischen Primat ihre Fiskalpolitik und ihre Lohnsetzung zu unterwerfen. Betroffen sind auch solche Länder, vor allem in Mittel- und Osteuropa, die in ihrem Aufholprozess scheinbar alles richtig gemacht haben: Sie setzen auf Investitionen in den öffentlichen und privaten Kapitalstock, was fast unvermeidlich zu einer Verschuldung und einer negativen Leistungsbilanz führt. Die verbesserte Wettbewerbs- und damit Exportfähigkeit sollte langfristig den Anschluss an den Wohlstand Zentraleuropas ermöglichen. In dieser Aufholjagd wurden diese Länder von der Weltfinanzkrise „kalt erwischt“. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit den Krisenländern Europas und fragt, ob die No-Bail-out-Klausel glaubhaft ist. Ohne Hilfe wird der Integrationsprozess um Jahre zurückgeworfen, was neue Kosten entstehen lässt, und Deutschland werden die Exportmärkte noch stärker als bisher wegbrechen.

War die Idee eines Europas mit konvergenter wirtschaftlicher Entwicklung zu hoch gegriffen? Welche wirtschaftspolitischen Folgerungen sind zu ziehen und welche Empfehlungen wurden im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung und der Presseaktivitäten des IWH gegeben? Die ökonomische Theorie legt nahe, dass Divergenz die Normalität darstellt und es einer intelligenten Wirtschaftspolitik bedarf, die zugrunde liegenden Mechanismen für das Konvergenzziel zu nutzen. Das betrifft zunächst die Europäische Union, aber auch die unterste, kommunale Ebene. Für diese wird gezeigt, dass die Belastungen aus der Finanzkrise infolge „intelligenter“ Finanzierungen, aber auch durch den Versuch, konjunkturell gegenzusteuern, erheblich sind.

*Ulrich Blum,
Präsident des IWH*